



Bonath: Die Landesregierung riskiert die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Stromversorgung im Land

Sie hat es bis heute versäumt den Strombedarf realistisch einzuschätzen.

Zur Meldung, dass eine Studie im Auftrag des Verbands für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW) zu dem Ergebnis kommt, dass der industrielle Strombedarf in Baden-Württemberg bis 2030 deutlich höher sein dürfte als bisher angenommen, sagt der energiepolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Frank Bonath**:

Bonath:

„Ich danke dem VfEW für diese wichtige Studie. Auch die Forderung des Unternehmerverbands Baden-Württemberg (UBW) nach einer sicheren, bezahlbaren und zuverlässigen Stromversorgung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg unterstütze ich vollumfänglich.

Die Landesregierung aber riskiert die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Stromversorgung im Land. Sie hat es bis heute versäumt, den Strombedarf der Zukunft realistisch zu bewerten. Das brachte jüngst meine Anfrage ([Drucksache 17/496](#)) zu Tage: Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Bedarfs an gesicherter Leistung kann Umweltministerin Walker derzeit nicht beantworten.

Nur wenn wir die Stromnetze an die veränderte Erzeugungsstruktur anpassen, können wir eine sichere Stromversorgung gewährleisten. Dazu muss man aber den Bedarf realistisch einschätzen können.

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sind Erzeugungskapazitäten zur jederzeitigen Deckung der Nachfrage erforderlich sowie ein leistungsfähiges Stromnetz, das in der Lage ist, Stromerzeugung, -speicherung und -verbrauch optimal miteinander zu verbinden und überregional in Einklang zu bringen. Das Versorgungssystem muss so konzipiert sein, dass auch zu Zeiten, in denen die Einspeisung aus erneuerbaren Energien gering ist, ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung steht, um Stromerzeugung und Verbrauch in Einklang zu bringen und so die Stabilität des Versorgungssystems zu

gewährleisten. Dazu brauchen wir einen beschleunigten, aber effektiven und technologieoffenen Ausbau der erneuerbaren Energien und in gleichem Tempo den Ausbau der Gas- und Wasserstoffinfrastruktur. Gleichzeitig müssen auch die transnationalen Transportwege für Strom innerhalb der EU ausgebaut und verbessert werden.“